

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1947**

40 (12.9.1947)

DAS NEUE BADEN

ZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR SÜD- UND MITTELBADEN

Erscheinungstage: Dienstag und Freitag / Monatsbeitrag: Mk 1,60 einschl. Trägerlohn, durch die Post Mk 1,84 / Anzeigen nach Tarif gegen Kennkarten-anzweis / Anzeigen- und Redaktionschluss Mittwoch und Samstag 14 Uhr

KREISAUSGABE

Telefon: Verlag u. Redaktion, Lehr 2565 / Postscheckkonto: Freiburg i. Br. 4400
Bankkonto: Deutsche Bank, Zweigst. Lehr / Keine Ersatzanpr. bei Störungen durch höh. Gewalt / Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr

STADT UND LANDKREIS LAHR

NR. 40 / 1. JAHRG.

FREITAG, DEN 12. SEPTEMBER 1947

PREIS 20 PFENNIG

Letzter Fink

Oeynhausen. Gestern wurden die Richtlinien über die Bodenreform in der britischen Zone veröffentlicht. Zur Durchführung der Reform haben die Länder innerhalb 3 Monate Einzelbestimmungen zu erlassen.

Stuttgart. Lord Pakenham trat in Stuttgart ein, um sich mit amerikanischen und deutschen Persönlichkeiten zu besprechen.

Rom. Graf Sforza wird sich am 15. September auf Einladung Bevin zu einer Besprechung über den Marshallplan nach Paris begeben.

Athen. Die griechische Nationalversammlung sprach dem neuen Ministerpräsidenten Sopholis ihr Vertrauen aus.

Warschau. Die polnische Regierung überreichte der französischen Regierung eine Note, worin sie ihre Beunruhigung über die gegenwärtige Haltung Frankreichs zum Deutschland-Problem Ausdruck gab.

Ankara. Infolge der Angriffe griechischer Partisanengruppen sah sich die türkische Eisenbahnverwaltung gezwungen, den Eisenbahnverkehr im griechisch-türkischen Grenzgebiet einzustellen.

Washington. Staatssekretär Marshall gab bekannt, daß die amerikanische Regierung wegen der Ausschiffung der „Exodus“-Emigranten in London vorstellig geworden sei.

Zwischen DIENSTAG u. DONNERSTAG

Deutschland: Das Zentralkomitee der befreiten Juden in der britischen Zone veranstaltete eine Protestkundgebung gegen die Landung der „Exodus“-Emigranten. Nach der Verbrennung eines Bildes von Bevin sprachen mehrere Redner und protestierten gegen die Haltung der britischen Regierung.

Im Skorzeny-Prozess wurde der Hauptangeklagte, Otto Skorzeny, und seine Mitangeklagten vom amerikanischen Militärgericht in Dachau als nichtschuldig erklärt.

England: Wie verlautet, wird Bevin am 15. September in Paris stattfindenden letzten Vollversammlung der Schenker-Konferenz teilnehmen. — Frankreich: In Paris wurden zahlreiche Mitglieder der Irgun verhaftet. — Spanien: In Alcala sind zwei Pulverfabriken explodiert; bisher 38 Tote. — Vereinigte Staaten: Generalgouverneur von Mook hatte mit Staatssekretär Marshall und Unterstaatssekretär Lovett eine längere Besprechung. — Die Gesellschaft der amerikanischen Konfektionsarbeiter will 10 000 verschleppte Personen nach Amerika kommen lassen.

USA-Streitkräfte verbleiben in Europa

„Die amerikanische Mittelmeerflotte wird weiterhin eng mit den britischen Seestreitkräften zusammenarbeiten, und ihre Schiffe werden weiterhin die Gewässer Italiens und anderer Mittelmeerzonen durchfahren, selbst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland, denn die Interessen der Vereinigten Staaten in Europa werden nicht zwangsläufig mit dieser politischen Handlung aufhören.“ Das ist im Wesentlichen der Inhalt eines Interviews, das der Kommandant der amerikanischen Mittelmeerflotte, Admiral Bernhard Riehl, einem Vertreter der Tageszeitung „Momento Sera“ gab. Er dementierte damit Gerüchte über eine Herabsetzung der amerikanischen Marine-Streitkräfte in Europa. Der Admiral fügte hinzu: „Entsprechend der vom Marineminister 1946 angekündigten Politik werden die Vereinigten Staaten überall dort ihre Truppen belassen, wo es zum Schutz und zur Unterstützung der amerikanischen Interessen und der Politik der USA im Ausland notwendig ist. Meines Wissens hat sich daran bis jetzt noch nichts geändert.“

Ablieferungssoll für die Industrie gefordert

Karlsruhe. Ein Ablieferungssoll für die Industrie, ähnlich wie das in der Landwirtschaft eingeführte, forderte der württembergisch-badische Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit. Die Planung könne weitgehend der Industrie selbst überlassen werden. Jedoch müsse die Kontrolle, um eine Erweiterung des bürokratischen Apparates zu vermeiden, besonderen Ausschüssen der Selbstverwaltungskörper übertragen werden. Die bisher von der amerikanischen Militärregierung abgelehnte Freigabe eines gewissen Prozentsatzes der Produktion zu Kompensationszwecken sei vorteilhafter, als die indirekte Billigung von illegalen Kompensationsgeschäften.

Schöffen und Geschworene für britische Zone

Dortmund. Die Stellen von Schöffen und Geschworenen sind nach einer Verordnung des Präsidenten des Zentral-Justizamtes für die britische Zone mit Zustimmung der Militärregierung wieder in die Strafrechtspflege eingeführt worden. Für die Besetzung der Schöffengerichte bei den Amtsgerichten sind je ein Amtsrichter und zwei Schöffen vorgesehen. Die Strafkammern bei den Landgerichten sollen weiterhin mit drei Berufsrichtern besetzt werden und als Beschwerde- und als Berufungsgerichte fungieren. Eine besondere Verordnung wird bestimmen, wann die so zusammengesetzten Gerichte ihre Arbeit aufnehmen werden.

Urteil im Reimann-Prozess

Kassel. Der Hauptangeklagte im Prozess gegen die 9 Direktoren und Angestellten der Spinnfaser-AG, Kassel und der Vereinigten Glanzstofffabriken-AG, Wuppertal, Dr. Erich Reimann, Vorstandsmitglied der Spinnfaser-AG, wurde zu einer Geldstrafe von 20 000 Mark, der Verkaufsleiter Oskar Koecke zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten, der Angestellte Werner Grünhart zu einer Geld-

strafe von 3000 Mark und der Angestellte Kurt Kohler zu 1 Monat Gefängnis und 900 Mark Geldstrafe verurteilt. Die restlichen Angeklagten wurden freigesprochen.

Jakob Kaiser gegen die SED

Berlin. Im Rahmen des CDU-Parteitag in Berlin erklärte Jakob Kaiser in den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen in der SED-Presse: „Gewisse SED-Zeitungen sind in ihrer Verleumdung der Demokratie so weit gegangen, mir das Schicksal meines Vorgängers anzudrohen.“ Der Vorgänger Jakob Kaisers, Andreas Hermes, mußte von der Leitung der CDU im Herbst 1945 unter dem direkten und öffentlichen Druck der sowjetischen Administration zurücktreten.

„Ich bin nicht der Mann mich einschüchtern zu lassen“, sagte Jakob Kaiser in Anwesenheit der Vertreter der Besatzungsmacht. Er erinnerte dann an den heldenhaften Tod seiner Freunde, der Verschwörer vom 20. Juli und rief dann nicht ohne Stolz aus: „Was mich betrifft, so kann man sich derartige Drohungen sparen.“

General Clay vor dem Länderrat

Deutschlands Aussicht auf Rückkehr in die Familie der europäischen Nationen

Stuttgart. Auf der 24. Tagung des Länderrates führte der amerikanische Militärgouverneur von Deutschland, General Lucius D. Clay, aus, daß eine Erhöhung der deutschen Produktion auf die im Industrieplan für die britisch-amerikanische Zone vorgesehene Quote nur mit allerhöchsten Anstrengungen und nur dann erreicht werden könnte, wenn gleichzeitig eine ständig steigende Kohlenförderung erzielt würde.

Es sei stets das Ziel der amerikanischen Militärregierung gewesen, fuhr der General fort, Deutschland zu einer eigenen Mittel lebenden Nation mit der Hoffnung auf eine Zukunft für seine Bevölkerung zu

machen. Aus diesem Grunde sei die Erhöhung des deutschen Industrieproduktionsniveaus erfolgt.

Die Erhöhung des deutschen Produktionsstandes werde es Deutschland nicht nur erlauben, sagte Clay, aus eigenen Mitteln zu leben, sondern darüber hinaus auch bei der Wiederherstellung eines gesunden Europas mitzuhelfen. Damit sei Deutschland die Möglichkeit einer Mitarbeit am Marshall-Plan gegeben, und es könne damit wieder in die Familie der europäischen Nationen eintreten. Er sei sicher, daß dabei auf jeden patriotischen Deutschen gerechnet werden könne.

Indische Politiker zur Lage in Indien

Neu Delhi. „Wir befinden uns im Kriegszustand“, erklärte Pandit Nehru in einer Rundfunksprache. „Wir tun alles, was wir können, um den Frieden wiederherzustellen. Wir schämen uns, daß wir feststellen müssen, daß alle von uns seit Jahren gemachten Bemühungen, um eine Befriedung und die Ausschaltung der Gewaltanwendung durch Unuldamsamkeit und Kastengeist zu der augenblicklichen Situation geführt haben.“ Pandit Nehru gab dann bekannt, daß die Sicherheitsmaßnahmen als militärische Operationen zu betrachten seien, aber er beklagte sich bitter über „die mangelnde Pflichterfüllung zahlreicher militärischer Führer, die ihren Kastengeist deutlich werden lassen.“

Mahatma Gandhi sprach in einer Unterredung, die 50 Minuten dauerte, mit Lord Mountbatten die Lage in Delhi und im Pandschab, und erklärte: „Bevor die Hauptstadt nicht zu einem normalen Leben zurückgekehrt ist, werde ich Delhi nicht verlassen.“ Er versicherte, „es sei ein Verbrechen und ein Selbstmord, der erst seit einem Monat die Amtsgeschäfte führenden Regierung nicht eine Chance zu lassen. Auf

Grund der augenblicklichen Unruhen verzichtete Gandhi auf die überlieferte Gewohnheit seiner Aufenthalte in Delhi, täglich öffentliche Gebetsübungen abzuhalten.“

Ramadier über den Marshall-Plan

Auch Ministerpräsident Ramadier erklärte auf einer Reise in das Departement Gers: „Wenn wir Europa nicht wieder aufbauen, sind wir zum Ruin und Untergang verdammt.“ Ramadier erklärte, daß das tödlich verwundete Europa nicht allein wieder zu Kräften kommen kann und fügte hinzu: „Es ist das Verdienst der Rede General Marshalls, die amerikanische Hilfe zugesagt zu haben, wenn Europa sich selbst hilft. Die Unterstützung aller Länder Europas ist erforderlich, die allein keinen ausreichenden Beitrag zum Wiederaufbau des Kontinents leisten können. Wenn wir nicht Europäer sind“, schloß der Ministerpräsident, „können wir nicht Franzosen sein.“

Bedeutung des englisch-französischen Allianzvertrages

London. Außenminister Bevin führte anlässlich der Ratifizierung des Allianzvertrages über Sinn und Zweck folgendes aus: „Der Text, den wir heute ratifiziert haben, hat zwei Ziele: Das erste ist vorbeugender Natur. Den Deutschen wird vor Augen geführt, daß sie im Falle einer Wiedergeburt des militaristischen Geistes in ihrem Land oder jeglichen Versuches uns zu beherrschen, Frankreich und England Seite an Seite finden werden.“

„Aber es existiert auch eine konstruktive Seite“, so fuhr der Außenminister fort. „Sie liefert den Rahmen für eine englisch-französische Zusammenarbeit, die sehr schnell in Angriff genommen werden muß. Zu diesem Zweck müssen wir jetzt auf der wirtschaftlichen Seite des Vertrages zusammenarbeiten, aber wir müssen uns auch immer mehr aneinander anschließen, um die Probleme zu lösen, die der Krieg hinterlassen hat.“

Ministerpräsident Peker amtsmüde

Ankara. Ministerpräsident Recep Peker hat sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Präsident Inönü beauftragte Außenminister Hassan Saka mit der Bildung einer neuen Regierung.

Demokratie als Vermächtnis

Was mag das wohl schon gewesen sein, wenn in dem kleinen Ländlein, das sich „Baden“ nannte, vor 100 Jahren ein paar hundert Männer zusammenkamen, um badische Verfassungsfragen zu diskutieren? Und was hat das für uns heute noch für ein Interesse, wo wir doch ganz andere Verhältnisse haben, vor ganz andere Probleme gestellt sind? Die Offenburger haben wohl gut daran getan, in ihrem Programmheft die 13 Beschlüsse abzudrucken, die vor 100 Jahren in Offenburg gefaßt worden sind, um zu zeigen, daß man nicht nur gegen den damaligen Polizeistaat Metternichs und Blittersdorfs in klarer und entschiedener Weise zu Felde gezogen ist, sondern daß man auch die damaligen deutschen Kernprobleme ins Auge faßte und bereits auch die Frage von Kapital und Arbeit, die dem folgenden Jahrhundert bis in unsere Tage und noch weit darüber hinaus nicht nur gesehen, sondern auch zu einer Lösung geführt wissen wollte, wiewohl sie damals noch nicht so brennend in unseren Landen gewesen ist.

Diese Versammlung war die erste ganz konkrete politische und demokratische Willensäußerung im Lande Baden und in deutschen Landen überhaupt, die wie ein Fanal aus dem kleinen Saale des Wirtshauses zum „Salmen“ in Offenburg in die breite Öffentlichkeit gedrungen ist und deren Gedanken die Politik in der Folgezeit beherrschten. Auch die großen Offenburger Landesversammlungen auf dem Marktplatz, die am 19. März 1848 und am 13. Mai 1849 von 25 000 und 35 000 Männern aus dem ganzen Lande besucht waren, haben grundsätzlich Neues in ihren Manifesten kaum hinzugefügt, wenn nicht ein mehr und mehr hervortretender Zug zum Radikalismus und auch zur in der republikanischen Staatsform verbürgten Volkssouveränität als solches angesprochen werden sollte. Der Unterschied lag eigentlich mehr nur im Ton. Die Einzelheiten der späteren Forderungen waren nur Folgerungen aus dem 12. September 1847 und der politischen Entwicklung.

Es ist wahrhaftig kein Ruhmesblatt in der Geschichte unserer politischen Bildung, daß man dies so wenig weiß; kein Ehrenergebnis der politischen Erziehungsversuche, daß uns das Wissen um diese Dinge selbst in den Kreisen vielfach fehlt, die sich nicht erst heute und gestern „demokratisch“ nennen. Wäre unser Volk darüber besser orientiert gewesen, so wäre es nicht möglich, daß man heute bei uns sagen muß, „unsere Demokratie stecke erst in den Kinderschuhen“, oder „sie müsse erst das Gehen lernen“. Zur Heimatkunde gehört schließlich nicht nur die Vertrautheit mit den Bergen, Tälern, den Ruinen der Burgen, das Wissen um die Fürstengeschlechter, um Land und Leute, um die Wirtschaft und die Kultur eines Landstriches, sondern eben auch die Kenntnis von der politischen Willensbildung, die Bekanntschaft mit den Männern, die vor unserer Zeit sich um das Wohl des Volkes bemüht haben und in Wort und Tat, selbst unter Preisgabe ihrer materiellen Existenz sich für ihre Volksgenossen einsetzten. Wenn wir gesehen haben, daß auch in der Demokratie es Leute verstanden, nicht so sehr nur an das Wohl der anderen, sondern an den eigenen Vorteil zu denken; wenn wir erlebt haben, daß das köstliche Gut der Pressefreiheit dazu diente, dem Mammonismus zu frönen; wenn wir feststellen mußten, daß die Demokratie dort aufhörte, wo sie zu Opfern verpflichtete, wenn wir erkennen mußten, daß es auch hier Menschen mit zweierlei Moral gab, dann mußte uns Scham erfüllen vor denen, die vor 100 Jahren selbstlos und uneigennützig ihr Leben für die Demokratie in die Schanzen schlugen.

Diese Männer haben ihren Nachkommen ein Vermächtnis hinterlassen. Es waren Bürger, Angehörige aller Berufsstände, die es damals gegeben hat. Arbeiter und Proletarier der Industrie waren damals noch wenig zahlreich. Der sogenannte „bürgerliche“ Stand, Bauern und Akademiker, hatten das Panier erhoben und mutig vorwärts getragen. Sie gaben ein Beispiel. Sie lebten das Beispiel. Das Beispiel der politischen Einsatzfreudigkeit für die anderen. Und sie blieben nicht in kleinen Dingen stecken. Ihre Gedanken gingen weit über den Tag und dessen Bedrängnisse, die es auch damals schon gab, hinaus. Robert Blum, der ein „volkstümliches Handbuch der Staatswissenschaften und Politik“ geschrieben hatte, ist dafür ebenso ein Beispiel wie der Buchdrucker Albrecht Volkhart, der den Satz schrieb: Unverdrossen kämpfte ich gegen polizeiliche Willkür, gegen bürokratische Vervornung und gegen jede Fesselung des menschlichen Geistes. Das Endziel meines Strebens ist Einigung der deutschen Nation. Herstellung einer auf wahre Vertretung des Volkes gestützten Exekutivge-

